25.10.2022 - Deutscher Arbeitsgerichtsverband e.V., Ortstagung Köln

Nach pandemie-bedingter Pause konnte am 25.10.2022 wieder die Ortstagung Köln des Deutschen Arbeitsgerichtsverbands e.V. stattfinden. Die Ortstagung Köln fand auf Einladung des Hauptgeschäftsführers Reß in den Räumlichkeiten des Arbeitgeberverbands Metall in der Kölner Innenstadt statt.

Präsident des Landesarbeitsgerichts Köln, Dr. Jürgen vom Stein freute sich, rund 70 Gäste zu begrüßen und ehrte zunächst acht ehrenamtliche Richterinnen und Richter für ihr langjähriges Engagement bei den Gerichten im Bezirk des Landesarbeitsgerichts Köln. Ehrenamtliche Richterinnen und Richter werden in NRW werden für eine Amtszeit von mehr als 25, 30 und 35 Jahren mit einer Ehrennadel in Bronze, Silber oder Gold ausgezeichnet.

Anschließend referierte der geschäftsführende Direktor des Instituts für Arbeits- und Wirtschaftsrecht an der Universität zu Köln, Prof. Dr. Clemens Höpfner, zu dem Thema "Tarifautonomie in Gefahr – Förderung der Tarifgeltung oder der Tarifbindung?".

Prof. Dr. Höpfner gab den Teilnehmern zunächst einen Überblick über den Organisationsgrad und die Tarifbindung auf Arbeitnehmer- und auf Arbeitgeberseite. Er erläuterte die Ursachen der rückläufigen Tarifbindung und die Reaktionmöglichkeiten des Gesetzgebers zur Stärkung der Tarifautonomie. Prof. Dr. Höpfner zog das Fazit, dass das deutsche Tarifsystem an einem strukturellen Marktversagen leide. Indem Außenseiter über Bezugnahmeklauseln kostenfrei an Tarifverträgen partizipierten, werde ein Negativanreiz zum Beitritt für Arbeitnehmer geschaffen. Es sei primär die Aufgabe der Koalitionen selbst sei, durch entsprechende Ausrichtung ihrer Verbandstätigkeit und -politik dafür zu sorgen, dass sie für Mitglieder attraktiv seien. Der Gesetzgeber könne die Tarifbindung nur "von unten" stärken, indem er die Attraktivität der Verbandsmitgliedschaft erhöhe und damit die Tarifautonomie absichere. Der Staat solle sich auf solche Maßnahmen beschränken, die die bestehenden Negativanreize für einen Koalitionsbeitritt abmilderten, ohne dabei durch einen übermäßigen Beitrittsdruck die negative Koalitionsfreiheit einzuschränken.

An den Vortrag schloss sich eine Diskussion an. Die Teilnehmer ließen den Abend bei einem geselligen Gedankenaustausch ausklingen.

Nadja Abou Lebdi Dezernentin für Presse und Öffentlichkeitsarbeit